

## AG 2. Rüstungsexporte und Rüstungskonversion

Stefan Maaß (EKIBA) und Harald Hellstern (pax christi, Deutsche Sektion)

### Stellungnahme:

Alle reden davon, dass Deutschland und Europa mehr internationale Verantwortung übernehmen müssen. Diese Ansicht teilen wir. Meist verbirgt sich hinter der Forderung nur der Ruf nach höheren Militärausgaben.

Aktuelle Konflikte in und zwischen Staaten zeigen: Mit militärischen Mitteln lassen sich vielleicht akut und kurzfristig schlimmste Menschenrechtsverletzungen, Ethnozide und Gewaltexzesse verhindern. Langandauernde Konflikte wie in Afghanistan, im Jemen oder in Syrien, auf der Krim oder in Kamerun lassen sich so nicht lösen. Ein Waffeneinsatz stabilisiert oft eher die Konfliktlinien und bringt großes Leid über die Zivilbevölkerung.

Mit Papst Franziskus stellen wir fest, „Jeder Krieg hinterlässt die Welt schlechter, als er sie vorgefunden hat. Krieg ist ein Versagen der Politik und der Menschheit, eine beschämende Kapitulation, eine Niederlage gegenüber den Mächten des Bösen. ... Internationaler Frieden und internationale Stabilität dürfen nicht auf ein falsches Gefühl der Sicherheit gegründet sein, auf die Androhung gegenseitiger Zerstörung oder totaler Auslöschung oder indem man bloß ein Kräftegleichgewicht aufrechterhält.“. (ENZYKLIKA FRATELLI TUTTI 2020)

„Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten. Eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte,“ erklärte die EKD-Synode 2019.

Nötig wären also politische Lösungen, die auf einen Ausgleich von Interessen setzen, eine breite Beteiligung der Bevölkerungen sicherstellen und nach Gerechtigkeit streben. Dazu braucht es zivile Konfliktlösungen: Diplomatie, Konfliktmoderation, die Ausbildung von Menschen, die Brücken zu bauen und Frieden stiften. Politisch sichern die Bekämpfung von Armut, sozialer Ungerechtigkeit und Klimawandel Frieden nachhaltig und nichtmilitärisch.

Deutschland und Europa müssen für diese zivile und politische mehr Verantwortung übernehmen und mehr Ressourcen zur Verfügung stellen.

Deshalb fordern wir dem Votum der EKD Synode entsprechend die Priorisierung von Haushaltsmitteln des Bundesetats. Mindestens 2% des Bruttoinlandsprodukts müssen für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen. Diese Priorisierung wird nur möglich sein, wenn für den Verteidigungshaushalt nicht gleichzeitig eine Steigerung auf 2 % des Bruttoinlandsproduktes umgesetzt wird. Uns ist bewusst, wie schwierig es ist, diese grundsätzliche Veränderung politisch durchzusetzen. Wir halten diese Kursänderung für unumgänglich, um Ressourcen für die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, der Weltgemeinschaft und des Planeten zu haben. Aller politische Wille muss darauf ausgerichtet sein, die weitere Eskalation der Aufrüstung zu verhindern. Der deutsche Verteidigungshaushalt sollte in einem ersten Schritt auf dem jetzt hohen Niveau „eingefroren“ werden.

Investitionen in militärische Aufrüstung fördern Misstrauen und treiben Rüstungsspiralen in die Höhe. Dem Koalitionsvertrag entsprechend sollte politisch daran gearbeitet werden, dass „Rüstungskontrolle und Abrüstung prioritäre Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bleiben“.

Was aus der Diskussion in der Gruppe möchte ich mit auf den Weg geben

a) den Mitorganisator\*innen der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen:

- Rüstungsexporte und Aufrüstung sind weltweite Themen und müssen bei der Versammlung einen entsprechenden Platz haben und die Perspektiven der Länder, an die wir exportieren mit aufnehmen (Auswirkungen der Rüstungsexporte verdeutlichen)

b) den Repräsentant\*innen der Kirchenleitungen:

- Mögen ein Papier mit klaren Forderungen an Politik und Wirtschaft formulieren (siehe Aktion Aufschrei)

c) der Politik

- Aufkündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr und stärkere Förderung der Friedensbildung
- Forderung nach einem Rüstungskontrollgesetz
- Konkreter Anlass könnten Bundes- und Landtagswahlen sein